



Just Now

a toolbox
for teaching
human rights

RWANDA HISTORY

JustNow timeline cards set

Das Projekt „JustNow - A Toolbox for Teaching Human Rights“ konzentriert sich auf die Entwicklung von methodisch-didaktischen Materialien zur Menschenrechtserziehung, kombiniert mit Simulationsspielen und Diversity Learning in der nicht-formalen und formalen Jugendbildungsarbeit.

Dieses Kartenset konzentriert sich auf den Unterricht über Ruanda im Laufe der Geschichte bis zum heutigen Tag und deckt einige Schlüsselereignisse in Ruanda ab. Die Karten können im Geschichts- oder Staatsbürgerkundeunterricht oder in anderen nicht-formalen Bildungsumgebungen eingesetzt werden. Es wird empfohlen, die Karten mit lokalen (historischen) Beispielen zu ergänzen.

Die Karten wurden unter Verwendung von Bildern und Informationen erstellt, die im Internet recherchiert wurden, wobei die Quellen auf der Rückseite der Karten angegeben sind. Die Karten sind ausschließlich für nicht-kommerzielle Bildungszwecke und den Einsatz in Klassenzimmern oder nicht-formalen Bildungseinrichtungen gedacht.

Hergestellt von: JustNow project team

Der Inhalt dieser Materialien gibt nicht die offizielle Meinung der Europäischen Union wieder. Die Verantwortung für die Informationen und Ansichten, die in den Materialien zum Ausdruck gebracht werden, liegt allein bei dem/den Autor(en).



Co-funded by the
Erasmus+ Programme
of the European Union



Photo by maxime niyomwungeri on Unsplash

Introduction on Rwanda

Ruanda, oft als „das Land der tausend Hügel“ bezeichnet und ist ein Binnenstaat in Ost-Zentralafrika. Im Jahr 1994 hatte Ruanda eine Bevölkerung von etwa 7 Millionen Menschen, die sich aus drei ethnischen Gruppen zusammensetzte: Hutu (85 %), Tutsi (14 %) und Twa (1 %). Es gibt eine anhaltende Debatte darüber, ob es sich bei den Hutu und den Tutsi um getrennte ethnische Gruppen handelt, allerdings waren zwischen ihnen ethnische Konflikte ausgebrochen. Die beiden Gruppen haben Gemeinsamkeiten in Sprache, Traditionen, Religion und Kultur. Die Spaltung zwischen den Gruppen ergab sich aus den wirtschaftlichen Verhältnissen: Die Hutu waren traditionell Bauern und die Tutsi Viehbesitzer. Nach und nach wurden die Klassenunterschiede zwischen den Tutsi und den Hutu zur Grundlage für die ethnische Zuordnung, insbesondere in den Augen der Kolonialmächte. Die Tutsi-Minderheit wurde privilegiert und beherrschte das Land während des größten Teils seiner Geschichte.



Photo by Florian Wehde on Unsplash

Berlin Konferenz

1884

Ende des 19. Jahrhunderts begann die Aufteilung und Kolonisierung des größten Teils des afrikanischen Kontinents unter den europäischen Imperialmächten. Auf der Berliner Konferenz von 1884-1885 wurden künstliche Grenzen geschaffen, um separate Staaten zu definieren, die nicht den bestehenden politischen oder territorialen Traditionen folgten. Viele bestehende Königreiche wurden geteilt oder zu neuen Territorien zusammengeschlossen. Ruanda und das benachbarte Burundi (damals als gemeinsames Kolonialgebiet Ruanda-Urundi verwaltet) blieben jedoch unangetastet, und es wurde beschlossen, sie unter deutschen Einfluss und deutsche Kontrolle zu stellen und später Teil von Deutsch-Ostafrika zu werden.



Photo by Dylan LaPierre on Unsplash

Aufbau der deutschen Kontrolle

1890

1890 wird Ruanda (als Teil von Ruanda-Urundi) formell Teil von Deutsch-Ostafrika. Neun Jahre nach der Berliner Konferenz betrat der erste Europäer Ruanda und besuchte den Königshof - ein deutscher Graf namens Gustav Adolf von Götzen, der später Gouverneur von Deutsch-Ostafrika werden sollte. Nach dem Tod des ruandischen Königs im Jahr 1895 und den Kämpfen um die Thronfolge kamen die Deutschen 1897 nach Ruanda und richteten unter Kaiser Wilhelm II. ihre ersten Verwaltungsbüros ein.



Photo by redcharlie on Unsplash

Beginn der belgischen Verwaltung 1923

Ruanda und Burundi (das als gemeinsames Territorium von Ruanda-Urundi verwaltet wird) befanden sich im Schnittpunkt dreier Imperien: Die Briten, die Belgier und die Deutschen versuchten alle, die Macht über das Gebiet zu übernehmen. Während des Ersten Weltkriegs übernahmen die Belgier die Kontrolle über das Gebiet. Im Jahr 1923 erteilte der Völkerbund (der Vorläufer der Vereinten Nationen) Belgien ein Mandat zur Verwaltung Ruandas, das von der Tutsi-Monarchie regiert wurde.

Photo by ConverKit on Unsplash

Einführung von Personalausweisen 1933

1933 wurden von den belgischen Mächten Personalausweise eingeführt, die die ethnische Zugehörigkeit aller ruandischen Bürger enthielten. Anhand einer umfangreichen, bereits von den Deutschen aufgestellten Rassentheorie wurde die Bevölkerung willkürlich entweder als Tutsi, Hutu oder Twa klassifiziert. Dies geschah in erster Linie durch die Messung körperlicher Merkmale wie Größe, Nase, Mund oder Augen, um die behaupteten Unterschiede zwischen den Gruppen zu belegen. Die stereotype Sichtweise der Kolonisatoren war, dass die Tutsi größer, schlanker und hellhäutiger waren als die Hutu, die kleiner und kräftiger gebaut waren. In Wirklichkeit war dies nicht der Fall: Nicht alle Mitglieder einer bestimmten Gruppe sahen wie „typische“ Vertreter aus, und die Zugehörigkeit zu einer Gruppe konnte sich durch Heirat oder durch den Erwerb von Reichtum ändern. Die Tutsi wurden von den Belgiern aufgrund ihres „europäischeren“ Aussehens bevorzugt behandelt und erhielten mehr Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten.

FIN DU MOIS, FIN DU MONDE, MÊME COMBAT !

Voici ce que nous réclamons et les raisons pour lesquelles nous le réclamons.

En trois points, nous réclamons :

- plus de démocratie par le biais du RIC, d'une assemblée de citoyens, d'une nouvelle constitution pour l'élaboration de laquelle les citoyens auront leur mot à dire ;
- plus d'équité et de justice sociale par le biais notamment d'une refonte totale des prélèvements (disparition de toutes les niches fiscales, meilleure répartition de l'impôt et autres taxes suivant son revenu), lutte contre la fraude fiscale, l'évasion fiscale (fraude déguisée), TVA allégée sur les produits de base, TVA augmenté sur les produits de luxe, fin du CICE (qui pour les 2/3 est capté par des actionnaires), allègement fiscal pour ceux qui investissent dans des PME, abrogation de la flat tax, réintroduction de l'exit tax, entre autre. annulation de la dette (indue), revalorisation des minimas sociaux ;
- lutte contre la corruption (1/3 des élus (en fait serviteur de l'état, et donc des citoyens) ont un casier judiciaire), remise à plat des salaires des hauts fonctionnaires avec contrôle citoyens. Non cumule des mandats (et donc des retraites). Etc.

Pour plus d'information, nous vous conseillons vivement la chaine internet Thinkerview. Entre autre, interview de Jean-Marc Jancovici, Etienne Chouard, Olivier Delamarche, Philippe Pascot et Juan Branco. Les excellents docs d'Arte sur la propagande, la monnaie ou le pétrole.

Si vous réfléchissez un peu et si vous vous renseignez un peu, vous allez vite découvrir 4 faits : le monde s'effondre, plus vite que ce que l'on nous dit, les mesure prise par Macron ne créés aucun emploi mais ne servent qu'à un transfert de fonds des pauvres et classes moyennes vers les plus riches parmi les riches (voir le dernier livre de Juan Branco), les riches n'ont nullement l'intention de changer en profondeur leur manière de vivre (pourtant extrêmement polluante) ni de partager plus équitablement. Que pensez vous donc qu'ils envisagent de faire ?

Renseignez-vous. C'est un devoir citoyen. Et si vous êtes d'accord avec ce texte, photographiez-le, copiez-le, photocopiez-le et diffusez-le. Via le net mais plus encore en l'attachant sur les murs de votre ville. A raison de 100 affiches par Mois et par personnes nous aurons bientôt recouvert les murs du pays, informé tous nos concitoyens qui bientôt recouvreront leur dignité

Photo by ev on Unsplash

Veröffentlichung des Hutu-Manifests 1957

Im März 1957 veröffentlichte eine Gruppe von Hutu-Intellektuellen das Hutu-Manifest, in dem sie zur ethnischen und politischen Solidarität unter den Hutu aufriefen, um die von Tutsi regierte Monarchie zu stürzen. Sie forderten die Herrschaft der Hutu-Mehrheit und machten die Überlegenheit der Tutsi für die Probleme in Ruanda verantwortlich. Das Manifest forderte auch ein Verbot von Eheschließungen zwischen den beiden Gruppen und ein Verbot des Militärdienstes für Tutsi. Nach der Veröffentlichung des Manifests bildeten sich die ersten Hutu-Parteien, darunter die rechtsextreme Parmehutu (Partei der Hutu-Emanzipationsbewegung) unter der Führung von Grégoire Kayibanda.



Photo by Clay Banks on Unsplash

Hutu Revolution

1959

Nach Gerüchten über den Tod eines Hutu-Führers, der von Tutsi-Tätern begangen wurde, startete eine Gruppe von Hutu Angriffe und begann am 1. November 1959 einen Aufstand. Über 150.000 Tutsi wurden aus ihren Häusern vertrieben. Mitte 1960 wurden Kommunalwahlen abgehalten, bei denen die Hutu über 90 % der Führungspositionen errangen. Nach der Wahl des neuen Präsidenten Grégoire Kayibanda, einem der ursprünglichen Verfasser des Hutu-Manifests und Gründer der rechtsextremen Parmehutu-Partei, im Jahr 1961 verkündeten die neuen Hutu-Führer das Ende der Revolution. Ruanda wurde zur Republik erklärt, und die Monarchie wurde offiziell abgeschafft.



Photo by Iftikhar Shah on Unsplash

Unabhängigkeit von Belgien

1962

Am 1. Juli 1962 wurde Ruanda die volle Unabhängigkeit gewährt, und Ruanda und Burundi wurden unabhängige, von den Vereinten Nationen anerkannte Einzelstaaten. Grégoire Kayibanda, Führer der rechtsextremen Parmehutu-Partei, die eine Überlegenheit der Hutu propagierte, wurde zum Präsidenten ernannt.



BLACK
LIVES
MATTER

BLACK
LIVES
MATTER

AMERICA
FAILED
YOU

ACAB

Lives
Matter!

Photo by Mike Von on Unsplash

Tutsi-Widerstand aus dem Exil

1963

Die Hutu-Revolution zwang über 300.000 Tutsi zur Flucht in die Nachbarländer. Einige der im Exil lebenden Tutsi bildeten militärische Gruppen (die von der amtierenden Hutu-Regierung abfällig als „Inyenzi“ oder „Kakerlaken“ bezeichnet wurden), die Angriffe auf Ruanda starteten. Ende 1963 schlug die Regierung eine Reihe von Angriffen der Rebellen zurück, wobei Tausende von Tutsi, die im Land geblieben waren, getötet und noch mehr ins Exil geschickt wurden.



Photo by Koen Suyk (ANEFO) on Wikimedia Commons, Rwandan president Juvénal Habyarimana and Dutch prime-minister Dries van Agt toasting. The Hague (the Netherlands), 13 May 1980

Die neue Hutu-Regierung

1973

Am 5. Juli 1973 wurde Präsident Kayibanda durch einen Militärputsch unter Führung des ehemaligen Verteidigungsministers Juvenal Habyarimana gestürzt, der neuer Präsident wurde. Unter der Herrschaft der MRND (Nationale Revolutionäre Bewegung für Entwicklung) wurde ein totalitärer Einparteiensstaat errichtet, in dem keine politischen Aktivitäten erlaubt waren. Bei der Einstellung in der öffentlichen Verwaltung wurde eine strenge ethnische Quotenpolitik eingeführt.



Photo by أخفي الله on Unsplash

Einrichtung des RPF

1987

Im Dezember 1987 wurde in Uganda die Ruandische Patriotische Front (Front Patriotique Rwandais) gegründet, eine politische und militärische Bewegung, die auf die Rückführung der Exilanten und die Übernahme der ruandischen Regierung abzielte und die sich hauptsächlich aus Tutsi im Exil zusammensetzte.



Photo by Khalifan rw on Wikimedia Commons, Statue of Rwanda Patriotic Army (RPA) soldiers during Stopping of 1994 Genocide Against Tutsi in Rwanda

RPF Attacken

1990

Die von den Tutsi geführten RPF-Kräfte beginnen mit Angriffen aus Uganda, und der Bürgerkrieg in Ruanda beginnt. Die Hutu-Regierung begann, alle Tutsi im Lande als Komplizen der RPF zu betrachten. 1991 wurde ein Waffenstillstand ausgehandelt, und 1992 begannen Verhandlungen zwischen der RPF und Präsident Habyarimana.



L'Unité

REVUE NEGOCIATION

Les membres du Pacte de Commerce de Vienne :
IL FAUT CONCLURE UN TRAITÉ DE PAIX AVEC LES DEUX ETATS ALLEMANDS
(Page 3)

PAQUES
La semaine
Maison ouverte
Fontaineville

A THIVIER

Photo by Mr Cup / Fabien Barral on Unsplash

Kangura Zeitung

1990

Die Kangura war eine extremistische Propagandazeitung, die Hassbotschaften gegen die Tutsi-Bevölkerung und die gemäßigten Hutu verbreitete. Im Dezember 1990 veröffentlichte sie die weit verbreiteten „Zehn Gebote der Hutu“. Sie enthielten „Regeln“ wie die, alle Entscheidungspositionen nur Hutu anzuvertrauen, den Tutsi keine Gnade zu erweisen, die Heirat mit Tutsi-Frauen zu verbieten (die als für die Tutsi-Gruppe arbeitend angesehen wurden) und zur Einheit der Hutu und zur Solidarität gegen die Tutsi aufzurufen.



Photo by Rishi on Unsplash

Interahamwe

1990

Die Hutu-geführte Armee in Ruanda beginnt mit der Rekrutierung und Ausbildung ziviler Hutu-Milizen. Die Interahamwe („die, die gemeinsam angreifen“), die als Jugendflügel der MRND gegründet wurde, war die erste dieser Gruppen. Sie waren Verfechter der Hutu-Macht-Ideologie.



66.05 DE

DENON
DN-90FA

TRACK NO. REPEAT PAUSE
-- --

SELECT → PLAY MODE MODE TIME END REW
COMP. MUTE 44 SEARCH

Photo by Jacob Hodgson on Unsplash

RTLM

1993

Radio Télévision Libres des Milles Collines (RTLM) begann seinen Sendebetrieb als Jugendsender. Ihr Programm war geprägt von einer starken Anti-Tutsi-Propaganda, einschließlich politischer Slogans in Form von Liedern und Aufrufen zur Mobilisierung junger Menschen in Jugendbewegungen, die der Hutu-Power-Ideologie folgen. Während des Völkermords in Ruanda sendete der Sender Listen mit den Namen und Adressen der Tutsi, die getötet werden sollten, sowie die Aufforderung, „die Kakerlaken auszurotten“, was sich auf die entmenschlichende Bezeichnung für die Tutsi bezog.



Photo by Cytonn Photography on Unsplash

Die Arusha-Abkommen

1993

Die Arusha-Abkommen waren eine Reihe von Friedensvereinbarungen, die in Arusha, Tansania, zwischen der ruandischen Regierung und der Ruandischen Patriotischen Front (RPF) unterzeichnet wurden und die den Krieg in Ruanda in den 1990er Jahren stoppten. Sie schufen die Grundlage für die Einführung einer neuen, die Macht teilenden Übergangsregierung und einer vereinigten Armee sowie für die Rückkehr der Ruander ins Exil. Die Hutu-Extremisten lehnten diese Pläne entschieden ab.



Photo by Sam Mann on Unsplash

UN stellt Friedenstruppe auf 1993

Um die Umsetzung des Arusha-Abkommens zu überwachen, richtete der UN-Sicherheitsrat am 5. Oktober 1993 die UN-Unterstützungsmission für Ruanda (UNAMIR) unter dem Kommando von General Romeo Dallaire ein. Rund 2500 UN-Militärangehörige wurden nach Kigali entsandt.



Photo by Leslie Cross on Unsplash

Der Flugzeugabsturz 1994

Am 6. April 1994 wurde ein Flugzeug mit Präsident Habyarimana und dem Präsidenten von Burundi beim Anflug auf den Flughafen von Kigali mit einer Rakete abgeschossen. Obwohl nie geklärt wurde, wer für den Angriff verantwortlich war, beschuldigte die ruandische Regierung die RPF. Die ruandischen Streitkräfte und die Hutu-Milizen errichteten bald darauf Straßensperren in Kigali und begannen mit der Kontrolle der Personalausweise und der Tötung von Tutsi und gemäßigten Hutu.



Photo by Adedotun Adegborioye on Unsplash

Moed an Agathe Uwilingiyimana

1994

Premierministerin Agathe Uwilingiyimana war die nächste in der Reihe, die nach der Ermordung von Präsident Habyarimana das Präsidentenamt übernehmen sollte. Sie sollte im staatlichen Radio Ruanda eine Rede halten, in der sie zum Frieden aufrief. Zusammen mit ihrem Ehemann und zehn belgischen UN-Friedenssoldaten wurde die Premierministerin am Morgen des 7. April 1994 ermordet. Tötungen und Gewalt breiteten sich von der Hauptstadt Kigali aus mit erschreckender Geschwindigkeit auf ganz Ruanda aus, und dieses Datum markiert den Beginn des Völkermords in Ruanda.



Photo by Eric Masur on Unsplash

UN reduziert die Friedenstruppen 1994

Kurz nach der Ermordung der zehn belgischen Friedenssoldaten, die Premierministerin Agathe Uwilingiyimana bewachen sollten, zog Belgien den Rest seiner Truppen aus der UNAMIR ab. Als andere Länder um den Abzug ihrer Truppen baten, wurde die UNAMIR-Truppe am 21. April 1994 auf 270 Soldaten reduziert.



Photo by Soroush Alavi on Unsplash

Der Völkermord in Ruanda

1994

Im Laufe von 100 Tagen zwischen April und Juli 1994 wurden schätzungsweise 800.000 bis 1.000.000 Tutsis und gemäßigte Hutus von extremistischen Hutus getötet. Während des dreimonatigen Völkermordes wurden schätzungsweise 100.000 bis 250.000 Frauen vergewaltigt, von denen viele mit HIV/AIDS infiziert wurden. Unter den Tätern befanden sich Soldaten, Politiker, Mitglieder der Interahamwe-Miliz und auch einfache Bürger.



Photo by Clay Banks on Unsplash

RPF übernimmt die Kontrolle über Ruanda

1994

Anfang Juli übernahm die RPF unter der Führung von Paul Kagame die Hauptstadt Kigali, und die Hutu-Regierung floh nach Zaire, gefolgt von rund 2 Millionen Hutu-Flüchtlingen. Am 18. Juli kontrollierte die RPF ganz Ruanda, mit Ausnahme der humanitären Zone, die von der Operation Türkis kontrolliert wurde (eine vom UN-Sicherheitsrat am 22. Juni 1994 eingerichtete und von Frankreich geführte „sichere Zone“ im Südwesten Ruandas). Die RPF erklärte einen einseitigen Waffenstillstand, und am 19. Juli wurde eine Regierung der nationalen Einheit gebildet, die den schrecklichen Ereignissen des Völkermordes in Ruanda ein Ende setzte.



Signature _____

For any item not budgeted for, the Financial Controller (for capex items) with my approval must approve for the purchase.

Signature 1: _____

Signature 2: _____

Signature 3: _____

Date: _____

Date: _____

Photo by Cytonn Photography on Unsplash

Einrichtung des ICTR

1994

Der Internationale Strafgerichtshof für Ruanda (ICTR) wurde 1994 vom UN-Sicherheitsrat eingerichtet und eröffnete 1995 seine Büros in Arusha, Tansania. Es wurden 93 Personen angeklagt, von denen 62 verurteilt wurden, darunter hochrangige Militärs und Regierungsbeamte, Politiker, Geschäftsleute sowie Führer von Religionen, Milizen und Medien. Es war das erste internationale Tribunal, das Urteile im Zusammenhang mit Völkermord fällte und Medienvertreter für Sendungen verantwortlich machte, die die Öffentlichkeit zu Völkermord anstacheln sollten. Das ICTR fällte sein letztes Urteil im Jahr 2012 und wurde 2015 geschlossen.



Photo by Tingey Injury Law Firm on Unsplash

Nationale Gerichtsverfahren 1996

Die nationalen Prozesse wegen des Völkermordes in Ruanda begannen im Dezember 1996. Die lange Verzögerung war darauf zurückzuführen, dass das Land während des Völkermords den größten Teil seines Justizpersonals verloren hatte und der größte Teil der zugehörigen Infrastruktur, nämlich Gerichte und Gefängnisse, zerstört worden war. Im Jahr 2000 warteten über 100.000 des Völkermords Verdächtige auf ihren Prozess. Bis 2006 wurden etwa 10.000 des Völkermordes Verdächtige vor Gericht gestellt.



UNITED NATIONS  NATIONS UNIES

Photo by Mathias Reding on Unsplash

Unabhängige UN-Untersuchung 1999

Im Mai 1999 setzte UN-Generalsekretär Kofi Annan eine unabhängige Untersuchung über das Vorgehen der Vereinten Nationen während des Völkermordes in Ruanda 1994 ein. Der Untersuchungsbericht, der von einer Kommission unter dem Vorsitz des ehemaligen schwedischen Ministerpräsidenten Ingvar Carlsson erstellt wurde, kam zu dem Schluss, dass „das Versagen der Vereinten Nationen, den Völkermord zu verhindern und anschließend zu stoppen, ein Versagen des gesamten UN-Systems war“.



Photo by Jonathan Velasquez on Unsplash

Georges Ruggiu

2000

Der belgische Staatsbürger Georges Ruggiu war Journalist und Radiomoderator bei Radio Télévision Libres des Milles Collines (RTL). Im Laufe des Jahres 1994 rief er in seinen Sendungen zur Gewalt gegen die Tutsi auf, erklärte unter anderem, die Revolution von 1959 sei unvollendet und rief die Bevölkerung auf, die Tutsi zu eliminieren. Er bekannte sich der Anstiftung zum Völkermord und des Verbrechens gegen die Menschlichkeit (Verfolgung) für schuldig und wurde im Jahr 2000 vom Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien zu 12 Jahren Haft verurteilt. Im Jahr 2009 wurde er vorzeitig aus der Haft entlassen.



Photo by Marc St on Unsplash

Gacaca-Prozesse

2002

Im Juni 2002 begann die ruandische Regierung mit der Einführung eines partizipativen Justizsystems, bekannt als Gacaca (ausgesprochen „ga-cha-cha“), um den großen Rückstau an Fällen zu beseitigen. Die Richter, von denen viele keine formale juristische Ausbildung hatten, wurden von der Gemeinschaft gewählt. Die Richter verhandelten über die Prozesse von Völkermordverdächtigen, denen alle Verbrechen vorgeworfen wurden, mit Ausnahme der Planung von Völkermord oder Vergewaltigung. Am 4. Mai 2012 wurden die Gacaca-Gerichte geschlossen. Mehr als 12.000 Gerichte verhandelten landesweit über 1,9 Millionen Fälle von Völkermord. Nach Angaben der ruandischen Regierung wurden etwa 65 % der fast zwei Millionen Angeklagten für schuldig befunden.



Photo by Ilyass SEDDOUG on Unsplash

Das UN Outreach Programm 2005

Das Outreach-Programm zum Völkermord in Ruanda und den Vereinten Nationen wurde am 23. Dezember 2005 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen als Informations- und Aufklärungsprogramm ins Leben gerufen, um die Zivilgesellschaft für die Erinnerung an die Opfer des Völkermords in Ruanda und für die Aufklärung zu mobilisieren und so dazu beizutragen, künftige Völkermorde zu verhindern. Im Jahr 2020 wurde der Name des Programms in „The Outreach Programme on the 1994 genocide against the Tutsi in Rwanda and the United Nations“ geändert.



Photo by Foad Roshan on Unsplash

Simon Bikindi

2008

Simon Bikindi war ein beliebter Liedermacher in Ruanda. Er verfasste eine Reihe von Liedern mit Botschaften, die das Ende der Tutsi-Monarchie während der Hutu-Revolution verherrlichten und gemäßigte Hutus als Verräter darstellten. Vor dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTR) wurde Simon Bikindi in sechs Anklagepunkten wegen Völkermordes und Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt und 2008 wegen direkter und öffentlicher Aufstachelung zum Völkermord zu 15 Jahren Haft verurteilt. Simon Bikindi war als Teil eines Interahamwe-Konvois in einem Fahrzeug unterwegs, das mit einer Lautsprecheranlage ausgestattet war, über die seine Lieder übertragen wurden, und er rief über die Lautsprecheranlage dazu auf, dass sich die Hutu erheben und die Tutsi ausrotten sollten. Im Jahr 2010 bestätigte die Berufungskammer die ursprüngliche Strafe für diese Taten.



Photo by Bernd Dittrich on Unsplash

UN IRMCT

2010

Im Dezember 2010 richtete der UN-Sicherheitsrat den Internationalen Restmechanismus für Strafgerichte ein, der die verbleibenden Aufgaben des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) und des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda (ICTR) nach Ablauf ihrer Mandate übernehmen und zu Ende führen soll.



Photo by Jean Claude Akarikumutima on Unsplash

Rwanda heute

2022

Die neue Verfassung Ruandas besagt, dass alle Ruander die gleichen Rechte haben. Eine Reihe von Gesetzen wurde verabschiedet, um Diskriminierung und die spaltende Ideologie des Völkermords zu bekämpfen. Der Versöhnungsprozess in Ruanda konzentriert sich auf den Wiederaufbau der ruandischen Identität sowie auf ein Gleichgewicht zwischen Gerechtigkeit, Wahrheit, Frieden und Sicherheit im Land. Die Hauptverantwortung für die Versöhnungsbemühungen in Ruanda liegt bei der 1999 eingerichteten Kommission für nationale Einheit und Versöhnung (National Unity and Reconciliation Commission). Im Jahr 2001 stellte die ruandische Regierung eine neue Flagge und eine neue Nationalhymne vor, um die nationale Einheit und Versöhnung nach dem Völkermord von 1994 zu fördern. In der neuen Nationalhymne werden alle Ruander als ein Volk bezeichnet. In der Volkszählung wird die ethnische Zugehörigkeit nicht mehr erfasst, und Diskussionen über ethnische Identitäten sind verboten.